

Anhang 1: Angebotsschreiben

Name und Anschrift des Bieters (Bitte ausfüllen)



Stadt Lingen (Ems)

Elisabethstr. 14 - 16

49808 Lingen (Ems)

Angebot über die Lieferung von Erdgas für die Lieferjahre 2027 und 2028 für die Stadt Lingen (Ems)

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß vorliegender Ausschreibung möchte ich/möchten wir hiermit ein Angebot über der Lieferung von Erdgas für die Lieferjahre 2027 und 2028 abgeben.

1. Grundlagen meines/unseres Angebots sind die Aufforderung zur Angebotsabgabe und die mir vorliegenden Vergabeunterlagen nebst allen Anhängen, sowie Eignungsnachweisen. Die von mir/uns hierzu gemachten Angaben sind verbindlich.
2. Ich/Wir erkenne/n die Vergabeunterlagen mitsamt den dazugehörigen Anhängen, insbesondere den beigefügten Erdgasliefervertrag uneingeschränkt an.
3. Ich bin/Wir sind insbesondere über die im Falle der Zuschlagserteilung geltenden Vertragsbedingungen informiert. Ich/Wir kenne/n die Gründe, die zum Ausschluss meines/unseres Angebots führen können. Ich/Wir bin/sind mir/uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Vergabeverfahren meinen/unseren Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben kann.
4. Ich halte/Wir halten mich/uns an unser Angebot bis zum 27.11.2026. gebunden.

5. Für den Fall der Übersendung der Vergabeakte an eine Vergabekammer oder ein Gericht und für den Fall der Akteneinsicht durch Dritte erkläre ich/erklären wir im Hinblick auf § 165 Abs. 2 GWB (*Zutreffende Aussage bitte anzukreuzen*):

- ☐ Mein/Unser Angebot enthält keine Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse.
- ☐ Mein/Unser Angebot enthält Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse. Die Bestandteile meines/unseres Angebotes, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und Dritten nicht zugänglich zu machen sind, sind entsprechend gekennzeichnet

6. Pflichtangaben im Rahmen der eForms-Umstellung

Nationale Identifikationsnummer:

Angabe der Wirtschafts-Identifikationsnummer für Unternehmen und andere Wirtschaftsteilnehmer. Sofern diese noch nicht vorliegt, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer, wie die Umsatzsteuer-ID (bevorzugt) anzugeben. Für natürliche Personen kann aus datenschutzrechtlichen Gründen kein Eintrag erfolgen. Dann ist „kein Eintrag“ vorzugeben.

Name des Bieters bzw., des Mitglieds der Bietergemeinschaft	Art der Wirtschafts-Identifikationsnummer	ID/Eintrag (z. B. DE123456789)

Unternehmensgröße:

- ☐ Kleinstunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Euro Umsatz)
- ☐ Kleines Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Euro Umsatz und kein Kleinstunternehmen)
- ☐ Mittleres Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen)
- ☐ Großunternehmen (über 249 Beschäftigte und über 50 Millionen Euro Umsatz)

Ort und Datum

Name des Unternehmens und Erklärende Person

Anhang 2: Preisblatt

Wir bieten die Lieferung von Erdgas für die Lieferjahre 2027 und 2028 der Stadt Lingen (Ems) gemäß vorliegender Ausschreibung wie folgt an:

Bitte beachten Sie, dass sich die Konstante K in ct/kWh, nicht in €/MWh versteht.

Lieferjahr 2027

$$\text{Energiepreis}_{2027} = K_1 + \text{THE-Natural-Gas-Year-Futures}_{2027} \text{ ct/kWh}$$

mit: Konstante $K_1 = \underline{\hspace{1cm}}, \underline{\hspace{1cm}}$ ct/kWh

Lieferjahr 2028

$$\text{Energiepreis}_{2028} = K_2 + \text{THE-Natural-Gas-Year-Futures}_{2028} \text{ ct/kWh}$$

mit: Konstante $K_2 = \underline{\hspace{1cm}}, \underline{\hspace{1cm}}$ ct/kWh

Die Preiskonstanten K verstehen sich als Dienstleistungsentgelt und decken sämtliche Kosten für Strukturierung, Kundenbetreuung, Margen etc. ab.

Die Preisfixierung erfolgt gemäß Ziffer 4.4 der Vergabeunterlagen.

Ort und Datum

Name des Unternehmens und Erklärenden Person

Anhang 3: Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB

Zu § 123 GWB erkläre/n ich/wir:

Weder ich/wir noch eine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist (§123 Abs. 3 GWB), bin/sind in den letzten fünf Jahren rechtskräftig verurteilt worden; zudem wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes gegen Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt, wegen einer Straftat nach:

- § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder §108f StGB (unzulässige Interessenwahrnehmung),
- §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a des StGB (Förderung des Menschenhandels).

Zu § 124 GWB erkläre/n ich/wir, dass:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist und das Unternehmen sich weder in Liquidation befindet noch seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
4. das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. kein Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
7. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat,
8. das Unternehmen
 - a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) keine fahrlässigen oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Zudem erkläre/n ich/wir:

(Die zutreffende Aussage ist anzukreuzen u. ggf. zu begründen.)

☐ Gegen mich/uns ist

☐ ein Ermittlungsverfahren

☐ ein Ordnungswidrigkeitsverfahren

wegen einer Zuwiderhandlung gegen gesetzliche Vorschriften anhängig, die als schwere Verfehlung im Sinne des § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB einzustufen sein könnte.

Hinweis: Die genauen Umstände sind im Folgenden darzulegen und zu begründen (ggf. auf gesonderter Anlage).

☐ Gegen mich/uns ist kein Ermittlungs- und/oder Ordnungswidrigkeitsverfahren im oben genannten Sinne anhängig.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in den vorstehenden Erklärungen

- meinen/unseren Ausschluss von der Auftragserteilung gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB
- im Falle der Auftragserteilung eine fristlose Kündigung des Vertrages

zur Folge haben können.

Ort und Datum

Name des Unternehmens und Erklärende Person

Anhang 4:

Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir über eine Berufshaftpflicht-/Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens 1.000.000 € verfüge/verfügen.

Sofern die Mindestkriterien durch den Bieter bzw. den/die Unterauftragnehmer zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht erfüllt werden, so ist eine Erklärung des Versicherers /des/der Unterauftragnehmer/s einzureichen, dass im Auftragsfall die genannten Versicherungssummen beim Versicherungsnehmer angepasst werden.

Ort und Datum

Name des Unternehmens und Erklärende Person

Anhang 5: Eigenerklärung zur Leistungsfähigkeit

Ich erkläre/Wir erklären, dass mein Unternehmen/unser Unternehmen derzeit vergleichbare Letztverbraucher in Deutschland beliefert.

Die Jahreserdgasabgabe an Letztverbraucher in Deutschland betrug in den Jahren 2023, 2024 und 2025 jeweils mindestens 7.500.000 kWh.

Folgende Letztverbraucher, die nach Art, Umfang und Schwierigkeitsgrad mit dem ausgeschriebenen Auftrag im Hinblick auf die Lieferung von Erdgas an öffentliche, industrielle oder gewerbliche Auftraggeber **vergleichbar** sind, können als Referenz genannt werden (es sind mindestens 3 Referenzen vorzuweisen):

Referenz Nr. 1

Kunde: _____

Branche: _____

Leistungszeitraum: _____

Referenz Nr. 2

Kunde: _____

Branche: _____

Leistungszeitraum: _____

Referenz Nr. 3

Kunde: _____

Branche: _____

Leistungszeitraum: _____

Ort und Datum

Name des Unternehmens und Erklärenden Person

Anhang 6: Eigenerklärung Eintragung Registergericht

- ☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir bei dem nachfolgend benannten Registergericht

mit der Registernummer

eingetragen bin/sind und alle für die Ausübung der gewerblichen Tätigkeit erforderlichen Meldungen und Genehmigungen vorliegen.

- ☐ Ich erkläre/Wir erklären, dass eine Eintragung bei einem Registergericht nicht erforderlich ist und alle für die Ausübung der gewerblichen Tätigkeit erforderlichen Meldungen und Genehmigungen vorliegen.

Ort und Datum

Name des Unternehmens und Erklärende Person

Anhang 7: Eigenerklärung zu § 4 Abs. 1 NTVergG

Diese Erklärung bezieht sich nur auf Leistungen zur Auftragsausführung, welche innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland erbracht werden.

Hiermit verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, bei der Ausführung der auf der Grundlage dieses Vergabeverfahrens zu erbringenden Bau- oder Dienstleistungen

1. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (ab 01.01.2024: 12,41 Euro/ ab 01.01.2025:12,82 Euro) zu zahlen

und
2. meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zu zahlen. Diese können sich ergeben aus:
 - den Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
 - den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
 - den auf Grundlage des AEntG oder AÜG erlassenen Rechtsverordnungen sowie
 - aus einem auf der Grundlage von § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag im Sinne von § 4 Absatz 1 Nummer 1 sowie §§ 5 und 6 Absatz 2 des AEntG.

Ort und Datum

Name des Unternehmens und Erklärende Person

Hinweis zum Einsatz von Nachunternehmen oder Verleihunternehmen

Soweit Nachunternehmen oder Verleihunternehmen eingesetzt werden sollen, müssen auch diese die obenstehende Erklärung gesondert vorlegen.

Anhang 8: Bietergemeinschaftserklärung

Auftragsgegenstand: Lieferung von Erdgas für die Lieferjahre 2027 und 2028 für die Stadt Lingen (Ems)
Bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft: _____

Erklärung Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bietergemeinschaft, haben uns zu einer Bietergemeinschaft zusammengeschlossen, um einen gemeinsamen Teilnahmeantrag bzw. ein gemeinsames Angebot zur vorliegenden Ausschreibung einzureichen.

Wir beschließen im Falle einer Auftragserteilung die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft.

Wir erklären, dass wir im Auftragsfall gegenüber dem Auftraggeber als Gesamtschuldner haften werden.

Der oben genannte bevollmächtigte Vertreter,

- vertritt die aufgeführten Mitglieder der Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich,
- ist zur Abgabe eines gemeinsamen Teilnahmeantrages bzw. eines gemeinsamen Angebotes berechtigt und
- ist mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied zur Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen sowie zur Entgegennahme von Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt.

Nr.	Mitglied	Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift
1		
2		
3		

(ggf. weitere Zeilen hinzufügen)

Anhang 9: Erklärung Nachunternehmer/Eignungsleihe

In dem Vergabeverfahren für die Stadt Lingen (Ems) benenne ich/benennen wir folgende Unternehmen, deren Fähigkeiten ich mich/wir uns im Auftragsfall bedienen werde/werden sowie Art und Umfang der von ihnen auszuführenden Leistungen:

- ☐ Ich/Wir beabsichtige(n), Teile des Auftrages an Nachunternehmer zu vergeben:

Nr.	Nachunternehmer <i>(Firmenname und vollständige Anschrift)</i>	Leistungsanteil
1		
2		
3		

(ggf. weitere Zeilen hinzufügen)

- ☐ Ich/Wir beabsichtige(n), zum Nachweis meiner/unserer Eignung in Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazität anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen:

Nr.	Unternehmen <i>(Firmenname und vollständige Anschrift)</i>	Eignungsanforderung
1		
2		
3		

(ggf. weitere Zeilen hinzufügen)

Ort und Datum

Name des Unternehmens und Erklärende Person

Anhang 10:

Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen

Auftragsgegenstand: Lieferung von Erdgas für die Stadt Lingen (Ems) für die Lieferjahr 2027 und 2028
Bieter: _____
Name und Kontaktdaten des sich verpflichtenden Unternehmens: _____

☐ Verpflichtungserklärung beim Einsatz von Nachunternehmern

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, dass wir in dem nach dem Angebot des Bieters vorgesehenen Umfang als Nachunternehmer zur Ausführung des Auftrags zur Verfügung stehen und dem Bieter im Auftragsfall die erforderlichen Mittel, Fähigkeiten und personellen Kapazitäten zur Verfügung stellen werden.

☐ Verpflichtungserklärung bei Eignungsleihe

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, dass wir in dem nach dem Angebot des Bieters vorgesehenen Umfang als Eignungsleiher zur Ausführung des Auftrags zur Verfügung stehen. Der Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o. g. Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften. Ich/Wir bestätige(n), dass keine Ausschlussgründe gem. §§ 123, 124 GWB vorliegen, die entsprechende Eigenerklärung lege(n) ich/wir auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vor.

Ort und Datum

Name des Unternehmens und Erklärende Person

Dieses Formblatt kann bei Bedarf vervielfältigt werden

Anhang 11:

Eigenerklärung

**zur Umsetzung von Artikel 5kⁱ Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, zuletzt
geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates
vom 18. Dezember 2023**

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
2. Ich/wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Ich/Wir bestätigen und stellen sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Ort und Datum

Name des Unternehmens und Erklärende Person

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen wie des Vorhabens Paks II und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen, oder
- e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

Anhang 12: Abschließende Liste zu erbringenden Nachweisen und Unterlagen

Die folgenden abschließend aufgelisteten Nachweise und Erklärungen sind Bestandteile des Angebots und auf dem Vergabeportal DTVP hochzuladen:

1. Angebotsschreiben (Anhang 1)
 2. Preisblatt (Anhang 2)
 3. Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB (Anhang 3)
 4. Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung (Anhang 4)
 5. Eigenerklärung zur Leistungsfähigkeit (Anhang 5)
 6. Eigenerklärung zur Eintragung Registergericht (Anhang 6)
 7. Eigenerklärung zu §4 Abs. 1 NTVergG (Anhang 7)
 8. Ggf. Bietergemeinschaftserklärung (Anhang 8)
 - *Im Fall von Bietergemeinschaften ist die Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen.*
 9. Ggf. Erklärung Nachunternehmer / Eignungsleihe (Anhang 9) sowie Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Anhang 10)
 - *Im Fall des Einsatzes von Nachunternehmern ist die Eigenerklärung zu §§ 123, 124 GWB von jedem Nachunternehmer zu erbringen.*
 10. Eigenerklärung zur Verordnung (EU) – RUS-Sanktionen (Anhang 11)
-